

Ich begrüße Sie zu einer knappen Stunde Information zum Mittag.
Kein Ende der Anti-Regierungs-Protteste in Israel, trotz der jüngsten Terroranschläge.
China startet Militärmanöver rund um Taiwan.
Die EU arbeitet an einem Gesetzeswerk für künstliche Intelligenz, daran beteiligt und heute im Journalzugast ist die KI-Expertin Sabine Kösegi.
Mehrere hunderttausend Menschen haben seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine Russland verlassen,
auch in Richtung ehemalige Sowjet-Republiken.
Armenien profitiert von diesem Zuzug.
Wir berichten am Beispiel Blackpool darüber, dass in Großbritannien viele Regionen, nicht erst seit dem Brexit, wirtschaftlich immer weiter zurückfallen.
Hören Sie die afghanische Botschafterin in Österreich.
Sie ist eine scharfe Kritikerin der in Afghanistan herrschenden Taliban.
Und wir stellen eine EU-Bürgerinitiative zum Schutz von Bienen und Bauern vor.
Erster Programmpunkt im Mittagsschmal der Blick aufs Wetter mit Gunter Schuller.
Kalt heute und jederzeit Regen und vorst im Osten auch noch Schneefall bis auf 400 Meter.
Sonst schwankt die Schneefallgrenze meist zwischen 700 und 1300 Meter.
Unter Schwerpunkt von Regen und Schneefall verschiebt sich im Lauf des Nachmittags immer mehr ins Bergland und in den Süden.
Die Höchstärte ein bis zwölf Grad bis zu zwölf Einzel zwischen Vorarlberg und Kärnten.
Zurzeit hatte es in Wien nur 2 bis 4 Grad, Eisenstadt 3, St. Pölten 4,
Linz und Salzburg 5, Innsbruck 9, Bregenz 7, Graz 4 und Klagenfurt 7 Grad.
Morgen am Ostersonntag im Westen und Südwesten zunehmen Sonnig.
Von Salzburg und von vieler Ostwärts aber viele Wolken, später Sonne
und praktisch über den ganzen Tag verteilt Schauer.
Nach zwei Attentaten gestern mit insgesamt drei Toten herrscht in Israel höchste Alarmbereitschaft.
Die Regierung mobilisiert Reservekräfte bei Armee und Polizei.
Die Massenproteste gegen die Regierung sollen am Abend aber trotzdem fast wie geplant stattfinden.
Aus Teller Wief berichtet Tim Kupal.
Schon seit Tagen kommt Israel nicht zur Ruhe.
Zusammen Stöße in Dahl, Aksa Mosche in Jerusalem, Raketenangriffe und Gegenschläge
und dann gestern innerhalb weniger Stunden zwei Anschläge mit drei Toten.
Bei einem Schussattentat im West-Jordanland gestern Vormittag töteten Terroristen zwei
Schwestern und verletzte ihre Mutter schwer.
Und im Herzen von Teller Wief rast ein 45-jähriger arabisch-israelischer Attentäter am späten Abend
mit seinem Auto am Fahrradweg
direkt neben der beliebten Strandpromenade von Teller Wief in eine Menschengruppe
und tötet einen italienischen Touristen.
Bei dem Toten handelte sich laut italienischer Regierung um einen 35-jährigen Römer, der mit
Freunden seinen Osterurlaub hier in Israel verbringen wollte.
Zwei weitere Italiener sind dem nachhin besorgniserregenden Zustand.
Laut Angaben des Ichilovspitals hier in Teller Wief sind unter den Verletzten auch drei Briten.
In einer Mitteilung der Regierung nur wenige Minuten nach den Vorfällen heißt das Premierminister

Benjamin Netanyahu

habe die Reserve der Grenzpolizei mobilisiert und das Militär angewiesen zusätzliche Kräfte bereitzustellen.

Israel dürfe nicht an zu vielen Fronten zugleich, größere Konflikte gezogen werden, warnt Netanyahu seine Koalitionspartner bei einer Koordinierungssitzung, man müsse nach Hause hingereint auftreten und weitere Eskalationen um jeden Preis vermeiden. Seine rechtsaußen Koalitionspartner, Finanzminister Bezalel Smotrich und Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir

fordern unterdessen ein härteres Vorgehen gegen Terroristen, darunter etwa gezielte Tötungen von Hamas führen.

Trotz der Terrorattacken und der Gewalt der vergangenen Tage sollen die Massenproteste gegen die Justizreformpläne der Regierung fortgesetzt werden.

Für den Abend ist hier in Teller Wief wieder eine Großdemonstration geplant.

Die Organisatoren haben nach Bitten der Polizei allerdings zugesagt übliche Marsch durch die Stadt, diesmal verzichten zu wollen.

In mitten steigender Spannungen zwischen China und den USA hat die chinesische Armee eine dreitägige Militärübung rund um die demokratische Insel Taiwan gestartet.

Es ist eine Reaktion auf den Besuch der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-Wen in den USA vergangene Woche.

Sie hat dort den Sprecher des repräsentanten Hauses getroffen, was Peking als schwere Provokation wertet.

Taiwan kündigt an, gelassen auf die chinesischen Manöver zu reagieren und betont erneut die Zusammenarbeit mit den USA.

Verena Sophie Meier berichtet.

Die chinesische Armee probt die Umzingelung der demokratisch regierten Insel Taiwan. Die Manöver sollen im Norden, Osten und Süden Taiwan sowie in der Taiwan-Straße stattfinden. Dort haben laut dem taiwanesischen Verteidigungsministerium in der Früh bereits 42 chinesische Kampffjets und acht Kriegsschiffe, die ihn offizielle Grenze entlang der Mittellinie überquert. In der Hauptstadt Taipei lassen sich junge Menschen auf der Straße nicht davon beunruhigen, wie dieser 30-jährige Toningenieur.

Ich kenne die Bilder, die hat es schon vor dem Krieg in der Ukraine gegeben. Ich habe immer gedacht, so ist das halt.

Diese Übungen sollten keine Sicherheitsbedenken hervorrufen. Alles, was China macht, ist Grenzen auszutesten.

Wir sollten ganz normal weitermachen mit Diplomatie, weil wir haben die Unterstützung der USA. Das sagt eine 34-jährige Influencerin. Während das chinesische Staatsfernsehen-Videos vom Einrücken der Streitkräfte von Raketenwerfern, Schnellboten und von Bombern veröffentlicht, empfängt die taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen zum Mittagessen tatsächlich eine Delegation amerikanischer Kongressabgeordneter.

Wir stehen einer Ausbreitung autoritärer Regime gegenüber, deshalb ist die Zusammenarbeit der Demokratien noch wichtiger geworden. Die Menschen in Taiwan lieben die Demokratie und streben nach Frieden, so die taiwanesischen Präsidentin.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im US-Kongress Michael McCall stellte daraufhin beschleunigte Waffenlieferungen in Aussicht.

Durch die zunehmenden Feindseligkeiten zwischen den USA und China wächst auch die Unterstützung für Taiwan.

China sieht die Insel als abtrünnige Provinz und bekräftigt immer wieder, sie notfalls militärisch zu erobern.

Von China in der Taiwan-Frage Kompromissbereitschaft zu erwarten, sei Wunschdenken, das hat Staatschef Xi Jinping vor zwei Tagen noch vor seinem europäischen Besuch bekräftigt.

Kurz nach der Abreise der EU-Kommissionspräsidentin und des französischen Präsidenten hat heute die chinesische Armee begonnen, Taiwan zur Übung zu umzingeln.

Nach Europa jetzt. Nach dem Willen der EU-Kommission und vieler Telekom-Konzerne sollen große Internetkonzerne wie Netflix, Google und Amazon dazu verpflichtet werden, den Ausbau der europäischen Dateninfrastruktur mitzufinanzieren.

Jene, die im Netz das meiste Geld verdienen, sollen also auch Steuern dafür zahlen, so das Konzept hinter der sogenannten Gigabit-Abgabe.

In Österreich spricht sich aber jetzt der zuständige Staatssekretär Florian Turski von der ÖVP gegen die Gigabit-Abgabe aus,

erwartet vor potentiellen Mehrkosten für Internet-User und vor einem Interessenskonflikt. Einzelheiten von Manuel Marold.

Wird eine Gigabit-Abgabe eingeführt, könnte das dazu führen, dass Internetkonzerne wie Netflix ihr Angebot verteuern, so Florian Turski, Staatssekretär für Digitalisierung.

Die Österreicherinnen und Österreicher zahlen bereits für Internet, im Form der Mobilfunk-Provider-Verträge.

Und ich habe die große Sorge, dass eine solche Netzgebühr für das Internet dazu führen würde, dass die Österreicherinnen und Österreicher doppelt zahlen, also dass man dann auch noch mehr für die Services bezahlt, die man bezieht.

Außerdem wird eine Gigabit-Abgabe die Netzneutralität gefährden, Konzerne, die für die Nutzung der Infrastruktur zahlen könnten von Internetanbietern bevorzugt werden.

Österreich werde daher auf EU-Ebene gegen die Einführung einer solchen Datenmaut stimmen.

Und ich weiß auch bereits von anderen Staaten, dass die sehr skeptisch sind, Deutschland, Estland, Finnland und andere.

So der Staatssekretär. Dennoch, gemeinsames Ziel in der EU sei, dass die großen Internetkonzerne dort Steuern zahlen, wo sie das meiste Geschäft machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, gäbe es aber bessere Varianten als eine Gigabit-Abgabe.

Da hat ja Österreich auch mit der Internetsteuer zum Beispiel, also mit der Onlinebesteuerung oder auch mit dem Vorstoß auf der OECD-Ebene für eine Mindeststeuer zu sein, Schritte gesetzt.

Die wollen wir weiter verfolgen, das wollen wir weiter ausbauen.

In puncto Gigabit-Abgabe läuft auf EU-Ebene derzeit und noch bis Mitte Mai ein Konsultationsverfahren, in dem die Staaten ihre Stellungnahmen abgeben können.

Bienen und Bauern retten, das ist der Name einer EU-weiten Bürgerinitiative mit dem Ziel, auf künstliche Insektenvernichtungsmittel zu verzichten.

Mehr als eine Million Unterschriften wurden gesammelt, damit ist die Zahl erreicht, ab der sich die EU-Kommission mit einer solchen Initiative beschäftigen muss.

Jetzt hat sich die Behörde erstmals zu den Forderungen geäußert und zeigt durchaus Verständnis. Aus Brüssel berichtet Benedikt Weichner.

Das Ziel der Bürgerinnen und Bürgerinitiative Bienen und Bauern retten, ist es, den Einsatz von

synthetischen Pestiziden schrittweise zu beenden.

Die EU sollte ihre Agrarpolitik weniger auf industrielle Landwirtschaft ausrichten und sie stattdessen umweltfreundlicher gestalten.

Adalbert Jans, der Sprecher der EU-Kommission, hat nun auf die Forderungen reagiert.

Wir begrüßen diese Initiative. Der Klimawandel, Umweltverschmutzung und der Verlust der Biodiversität sind große Herausforderungen für unsere Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Der Bestand von jeder dritten Bienenschmetterlings- und Schwebfliegenart geht zurück. Gleichzeitig sind 80 Prozent unserer Nutz- und Wildpflanzenarten auf Bestäuber angewiesen.

Die Wildflowering-Plan-Species dependen auf Animal-Pollination.

Seit 2019 hat die Brüsseler EU-Behörde drei Gesetzesvorschläge vorgelegt.

Geplant ist eine Halbierung des Einsatzes von synthetischen Pestiziden und verpflichtende Ziele zur Wiederherstellung von Natur.

So sollen vertrocknete Morhe wieder vernässt, Flussbegradigungen rückgängig gemacht und Wälder aufgeforstet werden.

Die EU-Kommission appelliert daher an EU-Länder und EU-Parlament, den neuen Regeln zuzustimmen, denn das ist bisher nicht geschehen.

Wichtig sei, dass die Vorhaben der EU-Kommission dabei nicht verwässert werden, so Helmut Butcher Schaden von der Nicht-Regierungsorganisation Global 2000, der die Initiative mitorganisiert hat.

Positiv bewerten wir, dass die Kommission gesagt hat, wir appellieren als Kommission an Rat und Parlament die Ambition, unsere Vorschläge aufrecht zu erhalten und diese Gesetzesvorhaben in trockene Tücher zu bringen.

Die Zeit drängt und nicht nur aufgrund des fortschreitenden Klimawandels. Im kommenden Jahr wird in der EU gewählt.

Bis sich eine neue EU-Kommission formt und die Vorhaben wieder aufgegriffen werden, würde viel Zeit vergehen.

Und da wissen wir, dass es da Störverzögerungen gibt von Teilen des Rats, aber auch von Teilen des Robbparlaments, die versuchen, das so weit zu verlangsamen, dass es eben keinen Abschluss mehr geben kann.

Besonders umstritten ist die Reduktion der chemisch-synthetischen Pestizide, vor allem konservative Parteien warnen Verrückgängen der Ernteerträge.

Das computerbasierte Textschreibprogramm JetGPT sorgt weltweit für Diskussionen. Die kanadische Datenschutzbehörde hat eine Untersuchung gegen das Unternehmen eingeleitet, dass diese App vertreibt.

In Europa hat die italienische Datenschutzbehörde JetGPT sogar gesperrt, wegen möglicher Verletzung der Privatsphäre.

Auch andere Länder wie Deutschland überlegen nun, diese neue Form der künstlichen Intelligenz zu stoppen. In Österreich könnte es ebenso zu Einleitungen des Verfahrens kommen, berichtet Barbara Reichmann.

Künstlicher Intelligenz, die in Sekunden Hausaufgaben schreibt oder Berichte über jedes beliebige Thema. Sehr praktisch erscheint das auf den ersten Blick, doch auf den zweiten Blick birgt das auch Gefahren.

So ist vor kurzem ein Datenleck bei JetGPT bekannt geworden, in dem die App private Informationen von Personen verwendet haben soll. Sogar Zahlungsdaten wurden publik.

So lauten jedenfalls die Anschuldigungen, auf denen die Beschwerde bei der italienischen Datenschutzbehörde basiert. Dieser prüft den Fall.

Ein politisches Verbot von JetGPT in Österreich hält der für Digitalisierung zuständige Staatssekretär Florian Turski derzeit nicht vermöglich.

Wir haben genauso wie Italien auch eine unabhängige Datenschutzbehörde, die sich dem sicher annehmen wird und das auch entsprechend bewertet.

Bei der österreichischen Datenschutzbehörde heißt es auf Nachfrage von Ö1, derzeit stimmen sich die europäischen Datenschutzbehörden in diesem Fall gerade ab.

Zunächst warte man auf die Entscheidung in Italien. Wichtigster Punkt, ob die Betreiber von JetGPT auf die konkrete Kritik reagieren und ob sie bereit sind, das Problem zu beheben.

Sobald diese Frage geklärt ist, kann und wird entschieden werden, ob auch die österreichische Datenschutzbehörde ein Verfahren einleitet, heißt es in der Stellungnahme.

Generell soll der Umgang mit Programmen wie JetGPT in Österreich durch das Gesetz über künstliche Intelligenz geregelt werden. Den Entwurf dazu gibt es schon seit fast zwei Jahren.

Aber warum lässt man sich da so viel Zeit?

Es ist der übliche Vorgang, der in der Europäischen Union eben ist, dass zuerst ein Kommissionsvorschlag ist. Dann erleinen sich die verschiedenen Mitgliedsländer auf eine allgemeine Ausrichtung.

Das hat stattgefunden. Ich glaube, ich gebe Recht. Das muss viel schneller gehen.

Der sogenannte AI Act, Artificial Intelligence Act der EU, also die entsprechende EU-Regulierung, liegt ebenso bereits seit zwei Jahren als Entwurf vor.

Geplant ist, dass künftige Anwendungen anhand einer Risikopyramide bewertet werden. Je höher das Gefahrenpotential, desto mehr Prüfer fahren, muss die neue Anwendung durchlaufen.

Systeme, die den ethischen Grundsätzen der EU widersprechen, sollen ganz verboten werden.

Allerdings müssen die einzelnen Länder eben erst im Anschluss ihre nationalen Strategien entwickeln und entscheiden, was erlaubt ist und was verboten.

Die Gesetzgebung hängt der rasanten Entwicklung der künstlichen Intelligenz drastisch hinterher.

Ich gehe davon aus, dass wir schneller zu einer EU-Regulierung kommen werden müssen. Und wir werden uns als Österreich so aufstellen, dass sobald diese EU-Regulierung in Kraft ist, wir auch in Österreich die nationale Umsetzung sicherstellen können.

Laut Plan soll die neue EU-Regulierung allerdings erst in zwei Jahren umgesetzt werden. Die Entwicklung neuer Systeme geht unterdessen rasant weiter.

Betroffen sind heikle Punkte, Privatsphäre, gefälschte Bilder, Beeinflussung von Menschen durch Fake News oder durch gezielte politische Propaganda.

Die Unsicherheit in puncto künstlicher Intelligenz bleibt jedenfalls groß.

Da sind wir also schon mittendrin in der komplexen Materie der künstlichen Intelligenz und damit beschäftigt sich heute auch unsere Interviewreihe am Samstag.

Im Journal zu Gast.

Ist heute die Arbeitswissenschaftlerin und Expertin für künstliche Intelligenz Sabine Kösegi.

Sie hat in einer Expertengruppe der EU-Kommission über den ethischen Umgang mit künstlicher Intelligenz diskutiert und verhandelt.

Damit wurde der Grundstein für den sogenannten AI-Akt gelegt, also die Verordnung zu künstlicher Intelligenz, an der die EU gerade arbeitet und von der wir schon im vorigen Beitrag gehört haben.

Künstliche Intelligenz ist längst in unserem Alltag angekommen, auch wenn wir sie vielleicht gar

nicht als solche wahrnehmen, vom Spam-Filter in unseren E-Mail-Postfächern bis hin zur Einparkhilfe im Auto.

Die Fortschritte sind groß, ebenso die Sorge von möglichen negativen Auswirkungen. Victoria Waldecker hat mit Sabine Kösegi über Bedenken und einen sinnvollen Umgang mit künstlicher Intelligenz gesprochen.

Frau Kösegi, müssen wir uns vor künstlicher Intelligenz fürchten?

Ich glaube nicht vor der Technologie selbst, aber wir sollten durchaus kritisch sein, wie diese Technologie und von wem sie angewendet wird.

Sehr genau auf den Kontext achten und auf die konkrete Anwendung.

Da sind sich jetzt auch die Entwicklerinnen und Entwickler nicht mehr ganz so sicher.

Künstliche Intelligenz hat sich in den letzten Monaten so rasant entwickelt, dass jetzt sogar hochrangige Tech-Experten darunter Elon Musk eine sechsmonatige Denkpause einen Entwicklungsstopp fordern.

Das wäre wohl sehr schwierig umzusetzen, aber wie können, wie sollen wir denn mit künstlicher Intelligenz umgehen?

Ich glaube, es gibt eine Vielzahl von KI Anwendungen, die tendenziell unproblematisch sind. Wenn Sie daran denken, Ihre Batterieladung wird auch über KI optimiert.

Und da wollen Sie nicht gefragt werden und auch nicht eingebunden werden. Das ist eine völlig unproblematische Anwendung.

Und dann gibt es aber Anwendungen von KI-Systemen, wo Daten, personenbezogene Daten verarbeitet werden oder wo direkt Personen betroffen sind,

weil sie zum Beispiel automatisierte Entscheidungssysteme verwenden, um staatliche Serviceleistungen oder Gesundheitsdienstleistungen den Zugang dazu zu ermöglichen.

Und da ist es natürlich sehr, sehr wichtig, sich genau anzuschauen, wie funktioniert die KI, welche Daten verwendet die KI etc.

Also da gibt es dann tatsächlich eine Reihe von Parametern, die man sich anschauen muss und will, um zu verstehen, ob das System ein transparentes, faires, gerechtes und sicheres System ist.

In Europa versteht man diese Sorge. Schon länger ist auch schon kritischer.

Nicht zuletzt gibt es ja Bestrebungen seit eigentlich 2017 einen KI-Regulierungsentwurf auf die Beine zu stellen in Europa,

der auf ethischen Prinzipien basiert und damit durchaus restriktiver wäre, als zum Beispiel das Vorstellungen in den USA sind.

Sie sprechen da jetzt schon den EI-Akt der EU an. Der wird derzeit überarbeitet, weil der vorliegende Entwurf nicht mit dem technischen Fortschritt mithalten konnte.

Da möchte die EU jetzt KI-Systeme einteilen, nach Risiko bewerten.

Ist das etwas, womit man diese neuartigen und doch sehr dynamischen Systeme auch regulieren könnte?

Ich glaube, was ganz, ganz wichtig zu verstehen ist, ist, dass die EU nicht die Technologie an sich regulieren will.

Das wäre ein bisschen so, wie wenn man den Strom regulieren will.

Der Strom nutzt für viele Anwendungen und genauso ist die KI-Technologie, die ja auch sehr diverse und unterschiedliche Methoden beinhaltet,

für unterschiedliche Anwendungen nutzbar.

Im Regulierungsentwurf geht es darum genau zu schauen, welche Anwendungen man einschränken

soll und welche Anwendungen man verbieten soll und bei welchen Anwendungen es mildere Regulierungsvorschriften wie Kennzeichnungspflichten oder Offenlegungspflichten, Transparenzpflichten gibt.

Und das macht man abhängig von dem Risiko, dass diese Technologien für grundlegende Menschenrechte hat.

Also basierend auf dieser Einschätzung wird es dann eine Regulierung geben.

Wird dieser Ansatz denn auch für Systeme funktionieren, die zum Beispiel aus Amerika oder aus China kommen, also die nicht aus der EU kommen?

Ja, der Regulierungsentwurf sieht vor, dass diese Regulierung Anwendung findet auf alle Systeme, die in Europa genutzt werden, unabhängig davon, wo sie entwickelt wurden.

Da wird es ja auf sehr viele Diskussionen auch geben, wie dann die Risikoeinteilung erfolgt.

Da scheiden sich ja auch bei JetGBT derzeit die Geister.

Das ist dieser mittlerweile sehr bekannte Textgenerator, der auch auf Kommando, auf Befehl, Briefe, Aufsätze, Drehbücher sogar verfassen kann.

Wie würden Sie denn JetGBT da einschätzen? Das wirkt auf den ersten Blick ja nicht sehr gefährlich.

Einer der Probleme, die Sie direkt haben, ist die Produkthaftung. Was ist, wenn Sie sich auf die Antwort oder auf das Konzept dieses Tools verlassen und daraus dann ein Schaden entsteht?

Für Sie oder für Dritte? Und die Frage ist dann, wer haftet denn dafür?

Das sind eben Dinge, die in diesem AI-Akt natürlich eben auch sehr intensiv verhandelt werden.

Ein bisschen das Problem ist hier aber die Zeit. Dieser AI-Akt ist in Ausarbeitung wird aber frühestens 2025 in Kraft treten.

Italien ist deshalb jetzt vorgeprescht, hat JetGBT vorerst einmal verboten und auch Deutschland prüft jetzt.

Müsste Österreich da jetzt auch schneller reagieren?

Die Frage ist, was man da ganz konkret verbieten will. Ich frage mich, ob es nicht sinnvoll wäre, solche KI-Tools wie JetGBT im Grunde genommen Menschen darauf vorzubereiten

und sie zu trainieren und zu schulen, mit diesen Tools umzugehen, genauer zu verstehen, wie sie funktionieren, was sie können, aber auch was sie nicht können.

Und wenn Systembetreiberinnen transparent damit auch umgehen, dann sehe ich jetzt nicht so ein Riesenproblem.

Also ich hätte nicht das Gefühl, dass man sie verbieten muss. Es sei denn, es wird angewendet wiederum in Kontexten, wo tatsächlich Schaden zugefügt wird.

Aber müsste die Politik dann mehr für dieses Verständnis sorgen, mehr für den Umgang mit künstlicher Intelligenz?

Genau, es braucht quasi Digital Skills oder Literacy. Also so wie wir irgendwann einmal Lesen und Schreiben gelernt haben,

braucht es jetzt einfach auch Kompetenzen und zwar für die breite Bevölkerung in der sicheren Nutzung von diesen Tools.

Weil, wie man gesehen hat, es macht wenig Sinn, zum Beispiel Social Media zu verbieten, aber der Umgang mit Social Media, der Umgang mit unseren Daten, das Offenlegen von Daten, kann ganz massive negative Konsequenzen haben.

Die Zukunftsrede des Bundeskanzlers, vor Kurzem ist eher in die Richtung gegangen, Schülerinnen und Schüler sollen programmieren lernen.

Künstliche Intelligenz kann das für uns übernehmen. Man kann künstliche Intelligenz befehlen, für

uns zu programmieren.

Das heißt, denkt die österreichische Regierung da in die falsche Richtung?

Das ist genau eine der ganz grundlegenden Fragen. Was braucht es denn eigentlich, um zum Beispiel solche Tools auch tatsächlich gut zu bedienen?

Einen Code ausformulieren, das ist ja nicht so schwer. Das ist, glaube ich, das, was man automatisieren kann. Aber die Frage ist zu entscheiden,

was ist denn ein relevantes Problem? Wo fängt es an und wie hört das auf? Welche Aspekte sind wichtig in diesem Problem?

Welche sind weniger wichtig?

Und bei JGPD zum Beispiel ist es so, je besser Sie Fragen stellen können an das System, also je besser Ihre Prompts sind,

umso besser sind die Ergebnisse des Tools. Das heißt, Sie kriegen viel mehr raus, wenn Sie sehr gut sind,

sehr viel Ahnung von einem Kontext haben, von einer Problemstellung haben.

Und dann dieses Tool nutzen, dann können Sie daraus viel mehr Nutzen ziehen.

Und genau darum geht es, dass wir unsere Kinder mit diesen Skills, mit diesen analytischen Skills sozusagen stärken,

um diese Tools sicher und gut nutzen zu können.

Aber sehen Sie da das Verständnis in der Politik auch? Ist der Politik die Tragweite bewusst, wie sehr künstliche Intelligenz unser Leben verändern wird?

Ich glaube, dass es manche schon gut verstanden haben und bei manchen herrscht noch immer so dieses Narrativ.

KI-Systeme können wir einsetzen, um effizienter zu werden, um einen Wettbewerbsvorteil zu haben, um noch produktiver zu werden,

ohne aber tatsächlich in Betracht zu ziehen, dass einen sorgsameren Umgang mit dieser Technologie es braucht,

damit wir die möglichen negativen Konsequenzen abwenden.

Jetzt gibt es ja nicht nur Sorgen zu künstlicher Intelligenz, sondern auch immense Potenziale, muss man sagen.

Könnte künstliche Intelligenz uns auch bei großen Problemen wie zum Beispiel beim Klimawandel helfen?

Definitiv. Wenn Sie jetzt Solarpanels haben, also Kraftwerke mit ganz vielen Solarpanels, die müssen ja auch gewartet werden und ausgetauscht werden, wenn sie schadhaft sind und so weiter.

Und da wird zum Beispiel KI eingesetzt, um genau diese Prozesse zu optimieren und sie damit effizienter zu machen und damit zum Beispiel zu erneuerbaren Energien und zur Effizienz dieser beizutragen. Das ist eine Anwendung.

Auch in der Medizin wird künstliche Intelligenz ja schon länger eingesetzt.

Da haben sich KI-Systeme zum Beispiel bewährt bei der Erkennung von Hautkrebs oder auch bei der Erkennung von kleinsten Veränderungen in der Stimme.

So wurde dann beispielsweise Parkinson diagnostiziert.

Das kann KI sehr oft besser als Menschen. Werden wir da ersetzt von künstlicher Intelligenz?

Dass diese Systeme PESSA performen, ist oft nur im Labor möglich, aber nicht im tatsächlichen Anwendungskontext.

Dann ist es so, dass die oftmals die besten Ergebnisse durch eine Kombination zwischen Mensch und KI-Systeme erzielt wird.

Das heißt, nicht wenn die KI alleine diagnostiziert oder der Mensch alleine diagnostiziert ist, sondern wenn man die beiden sozusagen zusammenschließt, werden die besten Ergebnisse erzielt. Sie sind auch Arbeitswissenschaftlerin und diese Woche sind zwei neue Studien erschienen, die davon ausgehen, dass künstliche Intelligenz ein Viertel der aktuellen Arbeit ersetzen kann. Das wären, wenn man es umlegt, 300 Millionen Jobs von der Dolmetscherin bis zum Buchhalter. Ist das eine reale Gefahr?

Vieles von dem, was in den Studien drinnen ist, ist die Bewertung des grundsätzlichen Potenzials der Automatisierung von bestimmten Tätigkeiten.

Das wird meist überschätzt.

Das heißt, weil Sie müssen das Zusammenspiel von Aufgaben, die nicht automatisiert werden können,

in sinnvolle Jobs wieder zusammenfassen. Sie brauchen dann aber in manchen Fällen, während einzelne Aufgaben automatisierbar, aber es ist nicht effizient, das zu tun, weil Arbeitskräfte dafür z.B. billiger sind.

In manchen Berufen, das sieht man ja, Bankangestellte, Versicherungsangestellte etc., manche Aufgaben kann man tatsächlich zur Gänze automatisieren.

Da kann man sich dann überlegen, dass andere Jobs dadurch entstehen oder andere Jobprofile entstehen würden.

Aus den Erfahrungen von früheren Technologischüben weiß man, dass tendenziell durch Technologie eher mehr als weniger Arbeitsplätze entstehen.

Die sehr kritische Frage ist allerdings,

das sind Jobs, die spezifische oder andere Skills benötigen. Und wie schafft man es Menschen, deren Tätigkeiten durch Automatisierung ersetzt werden?

Wie kann man die in Beschäftigung halten?

Das wird eine Kernaufgabe, wenn wir jetzt wieder über die historische Bundesregierung sprechen. Das wird eigentlich eine der Kernherausforderungen zu schauen.

Wie schaffen wir es, die Menschen in Beschäftigung zu halten, weil sie die richtigen Skills haben?

Das heißt, die Bundesregierung muss Anreize setzen für Weiterbildungen, für Umbildungen und wir als Gesellschaft müssen flexibler sein.

Genau, also diese Vorstellung, dass wir in die Schule gehen und dann haben wir ausgelernt.

Ich glaube, die müssen wir tatsächlich jetzt fallen lassen.

Wir werden unser Leben lang lernen müssen.

Was wir sehr stark auch in den letzten Wochen gesehen haben, sind sehr real aussehende Fotos. Beispielsweise von der Verhaftung von Donald Trump.

Diese Verhaftung hat es nie gegeben.

Auf den von KI-generierten Fotos kann man das aber nicht erkennen.

Man kann auch Videos sehr realitätsnah erstellen.

Aufnahmen von Stimmen, die nahezu perfekt imitieren können.

Ist das jetzt ein neues Ausmaß von Fake News, das wir da erleben?

Genau, deswegen ist zum Beispiel im europäischen Regulierungsentwurf für genau diese Dinge eine Kennzeichnungspflicht.

Also etwas, das von einem KI-System generiert wird.

Eine Antwort oder ein Foto oder ein Film etc.
muss als solche ganz offen und transparent gekennzeichnet sein,
damit Menschen wissen, das ist jetzt nicht real.
Das wird aber und das ist tatsächlich so vielleicht bei vielen nicht ausreichend,
um sie zu überzeugen, dass das tatsächlich Fake News sind.
Und das wird durchaus eine schwierige Herausforderung in unserer Gesellschaft damit umzugehen.
Über ein sehr weit verbreitetes Bild von künstlicher Intelligenz
haben wir noch nicht gesprochen.
Das wird sehr oft von Filmen oder Serien aufgegriffen.
Da geht es um Roboter, die lernen sich weiterentwickeln
und sich schließlich gegen den Menschen wenden.
Überschätzen wir da die Technik?
Absolut.
KI-Systeme, wir nennen sie zwar künstliche Intelligenz,
haben weder ein Bewusstsein, noch eine Motivation, noch eigene Ziele.
Und auch wenn sie lernen können, ist das nicht ein Lernen,
das wir als Lernen bezeichnen würden,
sondern sie können neue Berechnungen und die auf neuen Daten basieren durchführen
und damit besser oder genauer klassifizieren.
Nein, also ich arbeite ja mit meinen Kollegen tatsächlich in Forschungsprojekten,
wo wir Roboter zum Beispiel für die Pflege entwickeln.
Und da gibt es natürlich zum Beispiel ein paar Dinge,
die sich Pflegekräfte, aber auch Betroffene wünschen,
wie zum Beispiel beim Anziehen helfen.
Für die Technologie ist das eine Riesenherausforderung,
die wir nicht so schnell lösen werden.
Sagt die Arbeitswissenschaftlerin und Expertin für künstliche Intelligenz,
Sabine Kössegi im Gespräch mit Viktoria Waldecker.
Kurz nach halb eins, nächstes Thema im Mittagsschernal
der russische Angriffskrieg in der Ukraine und seine Folgen.
Seit Kriegsbeginn haben mehrere hunderttausend Menschen Russland verlassen,
viele in Richtung Westen, aber noch mehr in ehemalige Sowjetrepubliken in der Nachbarschaft.
Und die profitieren enorm von diesem Zuzug, ganz vorne dabei ist Armenien,
wo die Wirtschaft im Vorjahr um 13% gewachsen ist.
Markus Müller hat sich in der Hauptstadt Jerewan unter russischen Emigranten umgehört.
Als am 24. Februar 2022 die ersten Bomben in der Ukraine einschlugen,
hätten sie gewusst, dass sie nicht einfach zuschauen können.
Am Abend wollten wir mit unseren Freunden demonstrieren,
aber kaum waren wir beim Push-Kind-Platz aus der U-Bahn ausgestiegen,
wurden wir festgenommen.
Buchstäblich nach 20 Sekunden standen da Polizisten und sagten, ab, gehen wir.
Erzählte ein junger Mann, der seinen Namen nicht im Radio hören will.
Vier Tage später landeten er, seine Frau und die beiden kleinen Kinder,
mit zwei Koffern in Jerewan.

Es ist nicht so, dass wir Angst haben, aber du kriegst keine Arbeit, wenn du dich ihnen nicht unterwirfst.

Und in den Schulen hören die Kinder wieder von den Helden, patriotische Geschichten und so weiter.

Ich will auf keinen Fall, dass meine Kinder da dabei sind.

Sagt die junge Frau. Armenien, das sei eigentlich Zufall gewesen, aber die Menschen hier seien offen und freundlich, bereit hätten sie die Entscheidung nicht.

Genaue Zahlen gibt es keine, aber seit Kriegsbeginn sind zwischen 60 und 100.000 Menschen aus Russland nach Armenien gekommen und geblieben.

Das hatte für das kleine, krisengeschüttelte Land mit knapp 3 Mio. Einwohnern große Vorteile, erklärt Suren Parzian von der Wirtschaftsuniversität in Jerewan.

Die russischen Übersiedler hatten einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt. Es sind neue Jobs entstanden, vor allem im IT-Sektor.

Im Vorjahr ist die Wirtschaft um 12,6% gewachsen, ein beeindruckender Anstieg, höher als bei den Nachbarn in der Region.

Denn gekommen sind Menschen mit meist hoher Qualifikation und viele von ihnen haben ihre eigenen Firmen gleich mitgebracht.

Ihre Gelder aus Moskau nach Jerewan transferiert, um so weiter Geschäfte mit dem Best machen zu können.

Die Kapitaltransfers aus Russland sind im letzten Jahr um das dreieinhalbfache angestiegen.

Und anders als im Nachbarland Georgien gebe es auch zwischenmenschlich kaum Probleme, meint der Journalist Kaden Harutonyan,

Chefredakteur des Nachrichtentotalfalls Sibelnet.

Es gibt keine antirussische Stimmung in Armenien.

Allerdings sind die Wohnungspreise explodiert, nach Kriegsbeginn und noch mehr nach der Mobilisierung im Herbst.

Aber auch das hat sich inzwischen stabilisiert.

Bei den vielen Krisen, in denen Armenien derzeit stecken, sei die Ankunft der vielen Russinnen und Russen

eine der positiveren Entwicklungen, meint der Journalist.

Sie ist ein Dankbar für die Gastfreundschaft, sagt das russische Paar, das seit letzten Februar hier ist.

Über die weitere Zukunft reden wir nicht.

Planen ist schwierig.

Aber die Menschen in Kiev, Kharkiv und vor allem Marjupol haben auch nicht geplant, was sie jetzt durchleben müssen.

An eine Rückkehr nach Moskau sei sicher, auf längere Zeit nicht zu denken.

In Großbritannien fallen viele Regionen wirtschaftlich immer weiter zurück und das nicht erst seit dem Brexit. Die Statistik ist mittlerweile auch im Gesundheitsbereich alarmierend. In manchen abgewirtschafteten Regionen im Norden England oder auch in Schottland ist die Lebenserwartung mittlerweile um mehr als ein Jahrzehnt niedriger, als etwa in London und im relativ wohlhabenden Südosten. Für negativ Schlagzeilen sorgt dabei immer wieder die Küstenstadt Blackpool, nördlich von Liverpool, die zum Sinnbild ungleicher Entwicklung geworden ist. Unser Korrespondent Jörg Winter war im Blackpool. Viele hierzulande hat man Blackpool-Kindheitserinnerungen an den Familienausflug zu den Spielhallen, Achterbahnen den Fisch- und Chipsbuden entlang der Golden Mile, der zentralen Strandbomenade. Blackpool gilt als eine der Geburtsstätten des modernen Massentourismus. Einst wohlhabendes Seebad, dann kam der billig Flugtourismus und damit der rasante Abstieg. Heute ist Blackpool an der Ierischen See ein soziales Notstandsgebiet. Ein Drittel der Kinder lebt in Armut, jeder Fünfte leidet ärztlich dokumentiert an Depressionen, die Zahl der Drogen- und Alkoholtoten liegt weit über dem Landesschnitt. Die Lebenserwartung in diesem Land hängt davon, ab wo du geboren wirst und wo du lebst. Ein Baby, das heute hier in Blackpool geboren wird, hat statistisch eine Lebenserwartung von 75 Jahren. Im Londoner Stadtteil Westminster sind es 88, erzählt uns Jim Squires von Health Equals, einer Kampagne der Health Foundation. Die einflussreiche Stiftung setzt sich in Großbritannien für eine bessere und gerechtere Gesundheitsversorgung für alle ein. 18 der 20 Wahlkreise mit der höchsten Lebenserwartung wegen in London und im Südosten, der Rest von England auch Wales und Schottland sind massiv zurückgefallen. Versprechende Regierung, nach dem Brexit freigewordene Mittel in benachteiligte Regionen zu pumpen, haben bisher wenig bewirkt.

Der Verfall ist im Blackpool auf Schritt und Schritt spürbar.
Ganze Zeilen, die Solarter Wohnhäuser hinter der Strandpromenade,
viele feucht und schimmelig, ohne Isolierung,
sind Zeugnis einer fehlenden, wirtschaftlichen Dynamik.
Du musst hier mal in dieser Straße eine Woche lang leben.
Du wirst alles sehen, Drogen, Schusswaffen, Messer, alles.
Politiker aus London sollten hierher kommen und sehen,
wie sie hier leben.
Wir treffen Robin in einer schäbigen Straße vor seinem Laden,
wo er gebrauchte Kleinmöbel verkauft.
Willen geht er nicht mehr.
Politiker und Zuwanderer seien an der lokalen Misere
hauptverantwortlich, sagt er.
Zeig mir doch eine weiße Person aus dem Meer,
die in dieser Straße noch ein Geschäft hat.
Es gibt niemanden mehr.
Die Stadtverwaltung verschwendet das ganze Geld,
mein Paul, ein Passant, der sich ins Gespräch einmischt.
Wir haben alles in die Promenade,
so keine Straßenbahn haben sie gebaut.
Gehst du ein paar Straßen zurück, lebst du im Dreck,
es ist absolut ekelhaft.
In einer Lagerhalle am Stadtranden,
der sich Lebensmittel aller Art in hunderten Kisten stapeln,
empfängt uns Neil Reed.
Er betreibt die Blackpool Foodbank
und beliefert dutzende Organisationen
und Lebensmitteltafeln mit Gratisessen.
14.000 Mahlzeiten sind das pro Woche, und es werden immer mehr.
Unser Niedergang ist die Folge permanenter Einsparungen
und Kürzungen.
Wenn du dauernd soziale Leistungen
und Unterstützungen streichst,
dann endet man so wie wir jetzt,
mit hunderten Lebensmitteltafeln quer durch das Land.
Ohne uns würden es viele einfach nicht mehr schaffen.
Die Solat, aber dafür im Vergleich billig Blackpool,
ist zur Magneten geworden,
für Menschen, die sich in sozial prekären Lebenssituationen befinden.
In keiner englischen Stadt
ist der Niedergang klarer dokumentierbar als hier.
Doch fest steht auch, Blackpool ist längst kein Einzelfall.
Vor mehr als eineinhalb Jahren
haben die radikal-islamischen Taliban gewaltsam

die Macht in Afghanistan übernommen
nach dem überstürzten Rückzug der US-Truppen.
Ihre wohl lauteste und schärfste Kritikerin in Österreich
ist die nach wie vor amtierende Botschafterin von Afghanistan,
Manisha Bhaktari.
Sie wirft den Taliban Gender-Apartheid vor,
um den matischen Diskriminierung von Frauen
in ihren Augen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Bernd Koschou hat mit der afghanischen Botschafterin in Österreich gesprochen.
Manisha Bhaktari ist nach wie vor die weltweit einzige Botschafterin
der islamischen Republik Afghanistan.
Die Botschaft allerdings musste ausziehen
aus einem Büro im Zentrum Wien in den 16. Bezirk.
Die Räume sind kalt und nicht geheizt.
Die Botschaft bekommt freilich keinerlei Unterstützung
von der Taliban-Regierung.
Manisha Bhaktari aber lässt sich in ihrer Kritik nicht bei ihren wichtig sein,
dass die Taliban auf der Sanktionsliste bleiben,
dass die Reiseverbote aufrecht bleiben ihnen gegenüber,
dass man ihnen keinen Unossitz gibt.
Die Botschaft lautet, bitte anerkennt nicht die Taliban,
nur so können wir den Druck gegen sie verstärken.
Sie wirft den Taliban Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor,
insbesondere gegen Frauen.
Frauen sind verbannt aus der Bildung,
dem Zugang zu Parks, zu Sporträumlichkeiten, zu öffentlichen Plätzen
und von der Arbeit in internationalen NGOs.
Afghanistan ist das einzige Land,
das Frauen von offizieller Bildung ausschliesst.
Nur sechs Jahre dürfen Mädchen zur Schule gehen.
42 Regeln gegen Frauen haben die Taliban erlassen.
Wenn man sich das alles anzieht, merkt man,
dass es systematische Diskriminierung von Frauen ist.
Es erfüllt alle Kriterien einer Apartheid.
Gender-Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Dass ein Ende der Taliban-Herrschaft nicht in Sicht ist,
weiß die Botschafterin in Österreich.
Der Rückzug der USA unter Präsident Joe Biden
und zuvor, wie beidens Regierung kürzlich kritisiert hat,
der unter Donald Trump geschlossene Vertrag von Doha
haben den Taliban den Weg zur Macht eröffnet.
Die afghanische Regierung sei zusammengebrochen.
Weil sie den Taliban vertraute.
Die USA haben ein Friedensabkommen unterzeichnet

mit einer Terrororganisation.
Eine Annahme der USA war,
dass nach dem Abzug die Gewalte ein Ende nimmt.
Botschafterin Wachtary sagt,
natürlich gebe es jetzt weniger Kämpfe,
weil die Taliban den Kampf eingestellt haben.
Aber willkürliche Verhaftungen,
rasche Morde und Hinrichtungen,
etwa von ehemaligen Sicherheitskräften,
es könne nur wenig darüber berichtet werden.
Friede bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg.
Friede bedeutet Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.
Der Friede, den wir jetzt in Afghanistan haben,
ist ein Friedhofsfrieden.
Zugleich weiß Wachtary,
dass viele Menschen in Afghanistan
an Hunger leiden, kein sauberes Wasser haben
oder kein Dach über dem Kopf.
Deshalb brauche das Land internationale Hilfe.
Das Engagement sollte nur auf der Ebene
der humanitären Hilfe erfolgen.
Ohne sich mit den Taliban einzulassen,
auf eine Art, die Toleranz zeigt ihnen gegenüber.
Deutschland hat bisher rund 30.000 Frauen
und Männern aus Afghanistan
Visa ausgestellt für die Aufnahme in Deutschland.
Eine Fraueninitiative fordert seit Jänner,
dass auch Österreich gefährdeten Frauen
die Einreise ermöglicht.
Das ist eine Kampagne.
Ich erwarte nicht, dass wir die Ergebnisse sofort haben.
Wir versuchen immer noch,
die Regierung und der Zivilgesellschaft zu werben
und das Bewusstsein zu schärfen.
Glaubt die Botschaft drin,
dass sie jemals zurückkehren kann in ihr Land?
Sie hofft, dass die Situation in ein, zwei Jahrzehnten
besser wird mit einer neuen Generation.
Aber gleichzeitig sollten wir nicht vergessen,
dass die Taliban eine Generation
im Fundamentalismus und Extremismus ausbilden werden.
Im Moment sind die Taliban zumindest nicht
Menschen, aber innerhalb eines Jahrzehnts
werden Millionen von Taliban zu Taliban ausgebildet.

Und ich möchte warnen,
dass das jeden auf dieser Welt gefährden kann.
Die Taliban konnten bisher übrigens eigene Diplomaten
in 14 Großteils muslimische Staaten entsenden.
In europäische Länder wurden keine neuen Botschafter entzant
und sie würden wohl auch nicht anerkannt.
So bleibt ausgerechnet eine Frau und Taliban-Kritikerin
die formale Vertretung Afghanistans in Österreich.
Das sogenannte Muslimbrüderverfahren
bei dem Dutzende Musliminnen und Muslimen
in Österreich des Terrorismus beschuldigt werden,
ist nach zweieinhalb Jahren einmal mehr ins Stocken geraten.
Nachdem die ursprünglichen Gutachter wegen des Anscheins
vom Befangenheit abgezogen worden waren,
gibt es jetzt auch um den neuen Diskussionen.
Jürgen Pettinger berichtet.
Aktuell werden 63 natürliche oder juristische Personen,
also Vereine oder Firmen, als Beschuldigte geführt.
Es waren einmal an die 100.
Die Vorwürfe wiegen schwer, reichen von Terrorfinanzierung
bis hin zur Bildung oder Mitgliedschaft
einer terroristischen Vereinigung.
Rechtsanwalt Clemens Lana spricht von Zitat
völlig diffusen Vorwürfen.
Das werden hier angebliche Verbindungen
zur Muslimbrüderschaft hergestellt und es stimmt einfach nicht.
Mein Mandant hat erstens nichts mit der Muslimbrüderschaft zu tun
und zweitens, und das ist das Absurde,
selbst wenn er etwas mit der Muslimbrüderschaft zu tun hätte,
dann wäre das kein Terrorismus.
Und schon von daher sind die Vorwürfe einfach herstreuert.
Anklagen gibt es bisher keine.
Gegen 33 Personen wurde das Verfahren sogar eingestellt.
Die Hausdurchsuchungen bei den Betroffenen vor zwei Jahren
im Rahmen der sogenannten Operation Luxor
wurden Großteils für rechtswidrig erklärt.
Es ist ehrlich gesagt ein Horror-Welt, der Akt komplett ausufert.
Es sind sehr viele Beteiligte.
Und die Vorwürfe sind ja so diffus,
dass man oft gar nicht weiß, wo soll man anfangen, sich zu verteidigen.
Also das Ganze ist irgendwie wie ein Strudelteig, der sich zieht und zieht.
Zuletzt wurden die Sachverständigen,
auf deren Gutachten sich das Verfahren Großteils gestützt hatte,
abberufen wegen des äußeren anscheinster Befangenheit.

Ein Gutachter hatte sich Jahre zuvor in einer Fernsehdiskussion über einen der später Beschuldigten geäußert. Mit dem deutschen Naostexperten Guido Steinberg wurde ein neuer Gutachter bestellt, aber auch gegen ihn haben mehrere Anwälte Berufung eingelegt. Darin heißt es, Zitat der Steinberg ist Experte zum Thema Jihadismus und Terrorismus. Er hat demnach weder eine Expertise in Bezug auf die Muslimbruderschaft, noch die Muslimbruderschaft in Österreich. Das Oberlandesgericht Graz muss jetzt entscheiden, ob der neue Gutachter zugelassen wird oder nicht. Bis dahin fehlt den Ermittlern quasi die inhaltliche Ermittlungsgrundlage. Rechtsanwalt Clemens Lana. In diesem Verfahren mangelt es aus meiner Sicht dann Objektivität. Wir haben zum Beispiel Anträge auf Einstellung gestellt und die Staatsanwaltschaft sich dann zu äußern, warum sie meint, es soll das Verfahren nicht eingestellt werden. Nur die Begründungen sind abenteuerlich. Da heißt ja, aber der hat doch zu tun mit dem A und er macht Geschäfte mit dem B und er wohnt im gleichen Haus wie der C. Und wenn man sich dann anschaut, gegen A ist das Verfahren schon eingestellt worden, gegen B schon eingestellt worden, gegen C ist es ein Ermittlern. Wovon reden wir da überhaupt? Die Staatsanwaltschaft Graz verwehrt sich gegen die Vorwürfe. Kritik komme immer wieder vor und werde heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme in vielen Fällen als Mittel der Verteidigung eingesetzt. Allerdings werden auch innerhalb der Justiz immer mehr Zweifel an der Verfahrensführung in Graz laut. Auch wenn das Wetter heute etwas anderes vermuten lässt, die Radfahrersaison beginnt wieder. Anders als im Vorjahr sind die Lager der Händler gut gefüllt. Die Branche rechnet auch in diesem Jahr mit hoher Nachfrage, vor allem bei hochpreisigen E-Bikes. Aber auch weil man damit rechnet, dass immer mehr Unternehmen ihren beschäftigten Firmenfahrräder anbieten. Mehr von Fabian Graber. Die Fahrradbranche hat im Vorjahr wieder stark zugelegt. Mehr als eine halbe Million verkaufte Räder, jedes zweite davon schon ein elektrisch angetriebenes, also ein E-Bike. Der Umsatz ist 2022 um mehr als ein Drittel gestiegen, heißt es seitens des Verbands der Sportartikelerzeuger VSSÖ. Auch die Lieferprobleme des letzten Jahres sind gelöst

und die Lager wieder gut gefüllt,
so Hans-Jürgen Schoder von der Interessensvertretung Arge Fahrrad.
Als Konsument habe ich sicherlich die sehr gute Situation gegenüber dem Vorjahr.
Heuer ist der Handel sehr gut bestückt, also das Angebot ist wirklich sehr, sehr groß.
Kundinnen und Kunden sollten aber nicht davon ausgehen,
dass es bald viel günstiger wird.
Schoder erwartet, dass die Preise vorerst stabil bleiben.
Mit einem Fahrrad-Abverkauf sei erst nach dem Sommer zu rechnen,
sagt Holger Schwarting, Chef von Sport 2000.
Natürlich werden gewisse Aktionen zum Ende der Saison hingreifen,
so wie es normalerweise auch ist.
Auf der anderen Seite, dadurch, dass die Nachfrage so stabil ist,
rechne ich auch nicht mit irgendwelchen verrückten Angeboten.
Tief in die Tasche greifen muss man vor allem bei E-Bikes.
Sie kosten im Schnitt mehr als 4.000 Euro pro Stück
und treiben die Branche mittlerweile an, so Schoder.
Eine Milliarde Umsatz nur mit E-Bikes, 1,4 Milliarden Umsatz Gesamt.
Also das ist schon ein Dreiviertel des Marktes, das Umsatz ist ein E-Bike.
Viel erhofft sich die Branche von Firmenrädern.
In Österreich macht es das Gesetz erst seit kurzem möglich,
das Unternehmen ihren Beschäftigten Fahrräder anbieten.
Und zwar zu günstigeren Preisen, so dass sich die Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter bis zu einem Drittel des Kaufpreises sparen.
Laut Schwarting nutzen das aber noch sehr wenige Betriebe.
Deutschland hat dieses Modell seit ca. 10 Jahren
und man kann sagen, dass 50-60% aller verkauften Fahrräder
über dieses Modell verkauft werden.
Und insofern wird das den Trend zu hochwertigen Fahrrädern
aus unserer Sicht langfristig unterstützen.
Starkes Interesse gibt es auch an Transportfahrrädern mit Elektroantrieb.
Letztes Jahr wurden davon in Österreich mehr als 4.000 Stück verkauft.
Fast das Doppelte im Vergleich zum Jahr davor.
Hinter selbstverständlichen Anwendungen wie Uber oder Google
stecken komplexe Forschungen zur Bewegungserfassung,
die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen.
Wie spannend und verzweigte Anwendungen dieser Technologie sind
und welche geopolitischen und ethischen Fragen daran geknüpft sind,
schildert der britische Autor Tom McCarthy in seinem neuen Roman
der Dreh von Inkarnation, der wie immer akribisch recherchiert ist
und zwischen historischem Krimi und einem Science-Fiction-Drama auszuliert.
Mehr von Judith Hoffmann.
Dreh von Inkarnation ist nicht nur ein Wortspiel, sondern bezeichnet
tatsächlich die Dreharbeiten zum fiktiven Film Inkarnation
in die zahlreiche Romanfiguren involviert sind, erzählt Tom McCarthy.

Sie drehen eine Art Star Wars-Version des Tristan- und Isoldemütors.

Darin gibt es eine perfekte Sex-Szene in der Schwerelosigkeit, wofür sie unglaublich teure komplexe Algorithmen eingesetzt haben.

Es wirkt wie ein brillantes Ballett.

Doch dann kommen die echten Körper dazu und alles geht schief.

Der Mensch als analoger Störfaktor, die Technologie als trügerische Verheißung, auf diesem Gegensatzpaar Fuss-McCarthys verwinkeltes Erzählkonstrukt rund um die Möglichkeiten und Grenzen digitaler Bewegungserfassung, vom Filmstudio über eine österreichische Bordmannschaft bis ins Weltall.

Es geht um Körper in Bewegung und wie man sie in digitale Informationen übersetzt.

Dabei gibt es immer eine Widerspenstigkeit.

Ich liebe die Idee vom imperfekten menschlichen Körper

als eine Form des Widerstands gegen die komplette digitale Erfassung.

Umso energischer bemühen sich seine Figuren, diesen Widerstand zu brechen.

Da wird an Tracking-Systemen und Massenüberwachung getüftelt oder fieberhaft nach den geheimen Aufzeichnungen der Lelyan Gilbrath zur perfekten Bewegung gesucht.

Diese 1872 geborene Ingenieurin leistete mit ihren Zeit- und Bewegungsstudien Pionierarbeit, beriet mehrere Präsidenten bei ihren Kriegs- und Verteidigungsstrategien und erfand nützliche Geräte wie den elektrischen Mixer oder den Fußhebel beim Mülleimern. Natürlich hatte das viel mit Kapitalismus und Profitsteigerung zu tun, aber zugleich war sie eine faszinierende Figur.

Sie studierte Literatur und liebte Dante.

Und obwohl sie eine Republikanerin war, wurde sie von Lenin und den Sowjets geliebt.

Sie erkannten das emanzipatorische Potenzial ihrer Methoden.

Gilbrath bildet das Zentrum und zugleich nur eine von vielen Figuren in diesem Buch.

Getragen wird es von einer komplexen, bildreichen Sprache,

die auch in Ulrich Blumenbachs Übersetzung ihre Gelenkigkeit und Zugkraft bewahrt.

Die Suche nach der perfekten Bewegung spickt McCarthy mit grundlegenden moralischen Fragen.

Bei der Recherche traf ich auch Bewegungsforscher.

Diese Leute vermessen z.B. am Montag das Gillette eines Kindes mit multiblers Klerose.

Am Dienstag helfen sie, einer NGO einen politischen Massenmord zu beweisen und am Mittwoch dem Militär-Zielgerichteter zum Morden.

Am Donnerstag beraten sie das Liverpool-Football-Team

und am Freitag machen sie einen Blockbuster und das alles mit derselben Software.

Mich interessiert weniger die Technik an sich als die ethische Verantwortung.

So wird der Dreh von Inkarnation zu einem fesselnden literarischen Universum, in dem man herrlich schwerelos verloren gehen kann.

Die Nachrichten im Mittagsschernal hat jetzt Daniela Nicolae für sie.

Nach zwei Attentaten während des Pessach Festes hat Israel weitere Sicherheitsmassnahmen ergriffen.

Zusätzliche Polizisten, Soldaten und alle Reserve-Einheiten der Grenzpolizei wurden auf Anweisung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mobilisiert.

Auf der Strandpromenade von Tel Aviv ist gestern ein italienischer Tourist

bei einer Attacke mit einem Auto getötet worden.

Sieben weitere Touristen wurden verletzt.

Zuvor waren im Westjordanland zwei junge Frauen erschossen worden.

Trotz der angespannten Sicherheitslage haben in Jerusalem die Osterfeiern begonnen.

Bei der Ostervigil in der Grabeskirche haben in der Früh zahlreiche Christen aus aller Welt teilgenommen.

Vor der Kapelle leitete der lateinische Patriarch von Jerusalem die Auferstehungsfeier.

China hat eine dreitägige Militärübung nahe Taiwan begonnen.

Diese sei eine ernste Warnung an separatistische Kräfte in Taiwan, wie ein Sprecher der chinesischen Volksbefreiungsarmee mitteilte.

Das taiwanesisches Verteidigungsministerium registrierte heute 42 Kampfflugzeuge und acht Kriegsschiffe rund um die Insel.

China betrachtet Taiwan bis heute als abtrünnige Provinz.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky fordert die Rückeroberung der Krim von Russland.

Die Befreiung der Halbinsel sei alternativlos nicht nur für die Ukraine, sondern für die ganze Welt, sagt Zelensky.

Erst dann würden Respekt und Ordnung in die internationalen Beziehungen zurückkehren, so Zelensky in einer Videoansprache.

Digitalisierung Staatssekretär Florian Tursky spricht sich gegen eine Netzgebühr für große Internetkonzerne aus, wie sie die EU plant.

Tursky warnt vor möglichen Mehrkosten für Internetnutzer,

weil Konzerne wie Google, Netflix oder Amazon dann ihr Angebot verteuern könnten.

Die sogenannte Gigabit-Abgabe würde dazu führen,

dass die Nutzer außer ihren Mobilfunkverträgen noch einmal zahlen müssten.

Österreich werde in der EU gegen die Einführung der Abgabe stimmen, so Tursky.

In einer behinderten Einrichtung in Oberösterreich wird wegen Missbrauch ermittelt.

Ein Betreuer soll sich an drei Frauen vergangen haben.

Zwei der Frauen haben sich einer Betreuer in ihrer Wohngruppe anvertraut.

Der Verdächtige wurde offenbar bereits entlassen.

In den nächsten Stunden und auch in der Osternacht

kann es überall ab und zu regnen oder schneiden.

Und in den höheren Lagen Ober- und Niederösterreich,

sowie im Norden Salzburgs und der Steiermark,

kann es streckenweise richtig weiß werden.

Wenigstens wird der morgige Ostersonntag in Vorarlberg und in Tirol überwiegen,

sonnig. Sämtliche Nebelfelder lichten sich hier am Vormittag.

Auch der Pinska und Oberkernten bekommen einige Sonnenstunden.

Anfangs kann es aber noch etwas regnen oder schneiden.

Von Salzburg und von Vielach Ostwärts bleibt es den ganzen Tag unbeständig.

Es gibt Wolken, Nebel, ab und zu Regen

und oberhalb von 400 bis 1000 Metern Schneeschauer.

Bis auf 400 Meter kann es in der Früh schneiden.

Im Lauf des Nachmittags tun sich aber dann auch in der Osthälfte

Österreich sein Paar Sonnenfenster auf.

[Transcript] Ö1 Journale / Mittagsjournal (08.04.2023)

Die Höchstärkte meist vier bis zwölf, ganz im Westen um 14 Grad.

Am Ostermontag österreichweit mehr Sonne und auch weitgehend trocken.

In der Früh allerdings zum Teil frostig.

Am Nachmittag immerhin meist zehn bis fünfzehn.

Im Westen übermorgen sogar 16 bis nahe 20 Grad.

Rainer Haselwald, Gialis Wetzine und Helene Silmann sagen Danke für Interesse.